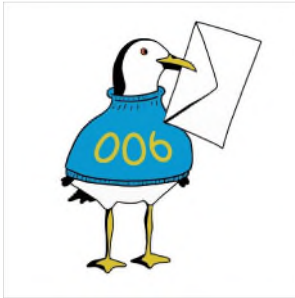


Wenn dieser Newsletter nicht richtig angezeigt wird, klicken Sie bitte hier.



Moin, liebe Leserinnen und Leser,

ich freue mich, dass Sie auch in diesem Jahr wieder mit dabei sind. Die erste Sitzungswoche 2020 startete gleich mit mehreren spannenden Themen und grundsätzlichen Entscheidungen.

Eine davon ist die **Debatte um die Neuregelung der Organspende**. Eine emotionale Diskussion, die **über Parteigrenzen hinweg** sachlich geführt wurde. Ich habe mich nach gründlicher Abwägung für die sogenannte **doppelte Widerspruchslösung** entschieden, weil ich glaube, dass es für jeden Menschen zumutbar ist, sich ein Mal im Leben mit diesem Thema zu befassen. Die Spende ist kein Zwang und die Entscheidung darüber jederzeit änderbar. Da es für den Gesetzentwurf im ersten Wahlgang leider keine Mehrheit gab, hat sich im zweiten Wahlgang der **Entwurf zur Stärkung der Zustimmungslösung durchgesetzt**. Ich bin gespannt, ob wir es schaffen, mithilfe der kommenden Neuregelung die Organspendebereitschaft zu erhöhen. In jedem Fall sind wir **künftig noch stärker auf die Mithilfe von Behördenmitarbeitern und Ärzten** und deren "Aufklärungsarbeit" **angewiesen**. Mir ist es sehr wichtig, die Situation von Betroffenen zu verbessern!

Dass die Aufgaben unserer (Ausweis-) Behörden in Zukunft nicht weniger werden, steht außer Frage. Eine weitere wird die **Novellierung des Passgesetzes** mit sich bringen, das sich gerade in der finalen Abstimmung zwischen den zuständigen Ministerien befindet. Worum geht es? Um die **Sicherheit von Ausweisdokumenten zu erhöhen**, plant das Innenministerium, dass biometrische Passbilder nur noch in den zuständigen Behörden gemacht werden dürfen.



Die Bundesdruckerei stellt den Behörden dafür einen „**Self-Service-Terminal**“ zur Verfügung, der **Kamera, Fingerabdruckscanner sowie Touchpad und Ziffernblock** beinhaltet. Ausweisdokumente, Aufenthaltstitel und Führerscheine sollen dadurch sicherer werden. Ich halte dieses Vorgehen für einen **wichtigen Schritt hin zu mehr Sicherheit von Ausweisdokumenten**. Zur Wahrheit gehört jedoch auch, dass den unzähligen Fotogeschäften im Land durch diese Änderung eine wichtige Einnahme wegbrechen wird. Darauf haben wir Abgeordnete am Dienstag in der Fraktionssitzung aufmerksam gemacht. **Unser Vorschlag: Einzelhändler, die biometrische Passbilder anbieten, sollen das mit einer Zertifizierung künftig weiter tun dürfen**. Das Innenministerium zeigt ich gegenüber diesem Vorschlag offen und wir bleiben an dem Thema dran. Denn vor allem für die kleinen Geschäfte in den Innenstädten ist eine solche Lösung wichtig.

Diese Woche war aber noch viel mehr los! Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen. Haben Sie Fragen oder Anmerkungen? **Schreiben Sie mir!**

Das war die Woche im Plenum

Neuregelung der Organspende



In dieser Woche haben wir uns dem schwierigen Thema der **Organspende** gestellt. Denn: Alle acht Minuten stirbt in Deutschland ein Mensch, weil nicht genügend Spenderorgane zur Verfügung stehen. Eine **gesetzliche Neuregelung** muss also vor allem die Frage beantworten, wie wir die stetig zurückgehende Organspendebereitschaft der Menschen erhöhen können. Insgesamt **drei Anträge** (zwei fraktionsübergreifende Gruppenanträge und ein Antrag der AfD) **standen deswegen am Donnerstag im Plenum zur Debatte.**

Zwei Fragen waren bei den Anträgen elementar: Wollen wir an der **geltenden Zustimmungslösung festhalten**, nach der jeder potentielle Spender auch ausdrücklich seinen Willen zur Organspende dokumentieren muss? Oder soll eine sogenannte **doppelte Widerspruchslösung** eingeführt werden? Diese sieht vor, dass grundsätzlich jeder als potenzieller Organspender gilt, soweit er (oder seine Angehörigen) dem nicht widersprechen.

Der Bundestag hat mit deutlicher **Mehrheit für den Gesetzentwurf zur Stärkung der Entscheidungsbereitschaft** und somit für die geltende Zustimmungslösung gestimmt. Ich hätte mir ein wenig mehr Mut und ein klares Votum des Bundestages für die doppelte Widerspruchslösung gewünscht. Sie hätte dazu beigetragen, dass in unserem Land zahlreichen Menschen das lange Warten auf ein Organ erspart geblieben wäre und letztendlich mehr Leben hätten gerettet werden können. Ich halte es für zumutbar, mit einem einmaligen Widerspruch zu erklären, wenn man seine Organe nicht spenden möchte.

Mit der nun **beschlossenen Gesetzesänderung**, der ich im zweiten Wahlgang ebenfalls zugestimmt habe, wird es meines Erachtens **nur moderate Verbesserungen** geben. Diese Neuregelung sieht u.a. den **Aufbau eines Online-Spenderregisters** vor, sodass in kürzester Zeit klar ist, ob ein Mensch Spender ist oder nicht. Eintragsänderungen oder ein Widerruf der Entscheidung können jederzeit gemacht werden. In **Ausweisstellen** soll es künftig möglich sein, eine Organspendeerklärung abzugeben. Darüber hinaus sollen **Hausärzte** ihre Patienten regelmäßig dazu ermutigen, eine solche Erklärung abzugeben.

Ich hoffe sehr, dass die Debatte der letzten eineinhalb Jahre auch dazu beigetragen hat, dass **sich mehr Menschen mit dem Thema Organspende beschäftigen** und sich auch für sie entscheiden. Die Widerspruchslösung hätte dem einen deutlich größeren Schub gegeben als die beschlossene Zustimmungslösung.

Kampf gegen sexuellen Kindesmissbrauch im Netz

Ermittler bekommen im **Kampf gegen Kinderpornographie im Netz** mehr Befugnisse. Einen entsprechenden Gesetzentwurf zur **"Versuchsstrafbarkeit von Cybergrooming"** haben wir heute Morgen im Plenum beschlossen. Unter Cybergrooming versteht man das **gezielte Ansprechen von Kindern im Internet** mit

dem Ziel der Anbahnung sexueller Kontakte. Die Union hat sich bereits seit der letzten Legislaturperiode für die Einführung der Strafbarkeit des Versuchs eingesetzt. Die SPD, insbesondere das Bundesjustizministerium, hatte das Vorhaben jedoch blockiert.

Die **Einführung der Versuchsstrafbarkeit ist ein längst überfällig Schritt**. Es war nicht länger hinnehmbar, dass Täter, die lediglich glauben, auf ein Kind einzuwirken, sich tatsächlich aber mit einem Erwachsenen bzw. einem Polizeibeamten in Kontakt befinden, straflos bleiben. Diese Straflücke wird nun geschlossen: Ebenfalls erfasst werden von der neuen Versuchsstrafbarkeit auch die Fälle, in denen der Täter überhaupt nicht mit einem Menschen, sondern tatsächlich nur mit einer computergeschaffenen Phantomfigur kommuniziert.



Den **Ermittlungsbehörden** wird künftig bei Vorliegen eines Verdachts im Rahmen einer strafrechtlichen Ermittlung ermöglicht, **computergenerierte kinderpornographische Schriften in eine Online-Tauschbörse einzustellen**, um sich auf diese Weise Zugang zu dem jeweiligen Forum zu verschaffen. Der Gesetzgeber schafft dafür allerdings enge Voraussetzungen: Der Tatbestandsausschluss greift nur dann, wenn die Handlung sich auf eine kinderpornographische Schrift bezieht, die kein tatsächliches Geschehen wiedergibt und auch nicht unter Verwendung einer Bildaufnahme eines Kindes oder Jugendlichen hergestellt ist. **Es dürfen demnach keine Fotocollagen oder verfremdete echte Bildaufnahmen verwendet werden**. Alle diese Maßnahmen bedürfen einen vorausgehenden richterlichen Beschluss.

Meine Rede am Donnerstag im Plenum

Am Donnerstagnachmittag habe ich zu dem Antrag der LINKEN "*Keine Entschädigung an Nachfahren der Monarchie*" gesprochen. Im Kern geht es um eine mögliche **Rückgabe enteigneter Immobilien und Kunstwerke an die Familie Hohenzollern**. Diese befindet sich seit längerem in Verhandlungen mit dem Bund sowie den Ländern Brandenburg und Berlin, um Restitutionsansprüche geltend zu machen.



Wie so oft: Die Situation ist komplexer als es die LINKEN im Bundestag und die Brandenburgische Landesregierung den Leuten glauben machen wollen. Die LINKEN fordern, dass per Gesetz geregelt wird, dass die Hohenzollern keine Entschädigungsansprüche gegenüber Bund und Ländern stellen dürfen. Darüber hinaus soll es möglich sein, dass **Entscheidungen eines ordentlichen Gerichts durch Enteignung und Vergesellschaftung rückgängig gemacht werden** können. Hier wird mal wieder der Klassenkampf ausgerufen. Ich sehe das hingegen ganz nüchtern: **Die Hohenzollern haben die gleichen Rechte wie alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes auch**. Nicht mehr und nicht weniger. Und Recht sprechen in unserem Land unabhängige Gerichte. Nicht die Politik, keine Bürgerinitiativen gegen die Hohenzollern und erst recht nicht die Erben des SED-Regimes!

Wenn Sie meine Rede im Wortlaut sehen und hören wollen, dann können Sie das [hier](#).

Das war die Woche in Berlin



Zum Auftakt der Woche fand am Dienstagabend der traditionelle **Neujahrsempfang des Parlamentskreises Mittelstand** statt. Eine schöne Gelegenheit, mit Kollegen aus dem Bundestag sowie Wirtschafts- und Medienvertretern in Austausch zu kommen. So wie mit dem PKM-Chef Christian von Stetten (links im Bild) und Hans Michelbach (rechts). Redner des Abends waren Jens Spahn und Friedrich Merz, die beide noch einmal die herausragende Rolle unser Unternehmen im Bereich Innovation und Digitalisierung lobten.

Vorhabenplanung des Familienministeriums für das Jahr 2020

Am Mittwochvormittag war Familienministerin Dr. Franziska Giffey zu Gast im Familienausschuss und hat die **Vorhabenplanung für das anstehende Jahr** vorgestellt. Sie machte noch einmal deutlich, dass man sich auch als "Gesellschaftsministerium" verstehe, dass die **Interessen und Bedürfnisse von Familien, Kindern, Frauen, der älteren Generation und den Ehrenamtlern** im Land in den **Mittelpunkt ihres Handelns** rückt. Das halte ich für einen guten Ansatz.



Dennoch sehe ich so manches Vorhaben nicht ganz unkritisch. Dazu gehört vor allem das Thema Kinderrechte ins Grundgesetz. Wie hier gerade der Diskussionsstand ist, habe ich in meinem letzten Newsletter vor Weihnachten berichtet. Darüber hinaus stehen **viele große und kleinere Gesetze und Initiativen** für das kommende Jahr auf unserer Arbeitsagenda.

Zu den größeren Gesetzesvorhaben gehört die **Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter**. Hierfür hat der Haushaltsausschuss des Bundestages ein Sondervermögen von 2 Milliarden Euro beschlossen. Wir können den Rechtsanspruch allerdings nur leisten, wenn wir genügend Personal für die Nachmittagsbetreuung haben. Eine **qualitativ hochwertige Erzieherausbildung** müssen wir deswegen weiter vorantreiben! Um unsere Kinder in der digitalen Welt besser zu schützen, Eltern, Lehrern und Erziehern Orientierung zu geben und eine entsprechende Rechtsdurchsetzung zu garantieren, wollen wir den **Kinder- und Jugendmedienschutz reformieren**. Derzeit stehen Bund und Länder hierzu im Austausch. Ein drittes großes Gesetzesvorhaben ist die **Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe** durch eine **Reform des Sozialgesetzbuches VIII** (SGB VIII). Die **Errichtung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt** steht kurz vor dem Abschluss.

Wir wollen vor allem den **Alltag von Familien erleichtern**. So soll das **Elterngeld weiterentwickelt** und an die veränderte Arbeitswelt angepasst werden. Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf startet im 1. Quartal 2020 das Förderprogramm "Betriebliche Kinderbetreuung" als **Anreiz für Unternehmen, neue Plätze in ihren Betriebs-Kitas zu schaffen**. Ein Gesetzentwurf zur **Digitalisierung von Familienleistungen** soll bis April vorliegen. Dieser soll die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle Familienleistungen in Zukunft digital und gemeinsam beantragt werden können und es einen leichteren Datenaustausch zwischen den zuständigen Behörden gibt.

Empfang der Waldeigentümer auf der Grünen Woche

Der Wald ist die **grüne Lunge** unseres Landes. Er ist Lebensraum für Tiere, Erholungs- und Rückzugsort für den Menschen und natürlich auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. All diese Dinge in Einklang zu bringen, ist vor allem für die Waldbesitzer eine riesen Herausforderung. Im Zentrum des **"Empfangs der Waldbesitzer"** am **Donnerstagabend auf der Grünen Woche** standen deswegen die Thema **nachhaltiger Waldumbau** und der **Kampf gegen den Borkenkäfer**. Gerade wenn wir uns die vergangenen sehr heißen Sommer und deren Folgen angucken, stehen wir **vor großen Herausforderungen**. Der Waldumbau ist bereits im vollen Gange, bedarf aber einen gemeinsamen Kraftanstrengung.



Sitzung des Arbeitskreises Küste



Zu dem Thema „**Neue Chancen für den Norden - Green Methanol als Treibstoff der Zukunft**“ haben wir am Donnerstagmorgen mit DOW Chemical aus Stade diskutiert. Denn um die Klimaziele zu erreichen, muss in vielen Bereichen der Kohlendioxid-Ausstoß reduziert werden. Neben dem Verkehrssektor entsteht auch in vielen industriellen Prozessen CO₂.

Das Stader Unternehmen will daher **einen industriellen Kraftwerksprozess dekarbonisieren**, also einen kohlenstofffreien Wirtschaftsprozess in Gang setzen, **und das gewonnene CO₂ nutzen**. Aus den Abgasen eines Gaskraftwerks wollen sie dazu CO₂ herausfiltern und durch Zugabe von Wasserstoff in Methanol umwandeln. So entstehen pro Jahr rund 40.000 Tonnen eines Grundstoffs, der in anderen chemischen Verfahren und im Schiffs- und Schwerlastverkehr eingesetzt werden kann.

Das Projekt ist um einen Faktor 10 größer als alle vergleichbaren derzeit in Betrieb oder in der Planung befindlichen Anlagen weltweit und das erste einem Gaskraftwerk nachgeschaltete Verfahren seiner Art. Das **Projekt hat somit einen Leuchtturm-**

Charakter für die Dekarbonisierung von Industrieprozessen. Eine sehr spannende Diskussion!

Terminauswahl für die Woche vom 20. bis 26. Januar 2020

Dienstag, 21. Januar 2020

- **"Gespräch zum neuen Jahr"** der CDU im Kreis Plön im Dörpskrog in Rathjensdorf

Mittwoch, 22. Januar 2020

- Besuch des **Hauses St. Anna** der Deutsch Ordens Altenhilfe in Schwentinal

Freitag, 24. Januar 2020

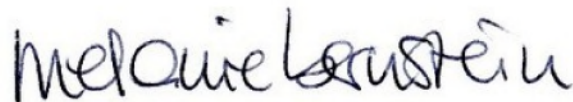
- Gespräch mit der Geschäftsführung des Friedrich-Ebert-Krankenhauses Neumünster
- Gespräch mit der **Diakonie Altholstein** und der Firma **Merz Dental aus Lütjenburg** zum Thema "Totalprothesen bei pflegebedürftigen Senioren"
- **Klönsschnack-Abend** mit Johann Wadephul auf Hof Viehbrook

Samstag, 25. Januar 2020

- **"Wintervergnügen"** der CDU Lehmkuhlen
-



Auch auf meiner **Facebook-Seite** finden Sie aktuelle Infos über meine Arbeit!



Melanie Bernstein

P.S.: Wenn Sie Themen oder Termine haben, die wichtig sind aus Ihrer Sicht – dann schreiben Sie mir gerne an melanie.bernstein@bundestag.de. Ich freue mich!

Impressum

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.